

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 pbbn d



## Inhalt

Erwin Horn MdB, Vorsitzender  
der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen  
der SPD-Bundestagsfraktion:  
Raketengegner sind nicht automatisch  
NATO-Gegner. Seite 1

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender  
des Bundestagsausschusses  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit:  
Keine Unterstützung für Pinochet -  
Hilfe für Chiles Demokraten.  
Seite 2

Wolf-Michael Catenhusen MdB  
wirft Forschungsminister  
Riesenhuber unerträgliches  
Taktieren mit der Friedens-  
forschung vor. Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB,  
Obmann der SPD im Verkehrsausschuß  
des Bundestages:  
Dollinger verspielt die  
Zukunft der Bahn.  
Seite 4

### Dokumentation

Die Umweltpolitiker der  
SPD-Bundestagsfraktion und  
die Umweltsenatoren von  
Bremen und Hamburg legen  
ein Aktionsprogramm zur  
Rettung der Nordsee vor.  
Seite 5

38. Jahrgang / 176

14. September 1983

Die Union spaltet unser Volk

Von Erwin Horn MdB  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-  
Bundestagsfraktion

Die Bürger der Bundesrepublik sind viel klüger als sie die CDU/CSU gerne haben möchte. Der Versuch der Union, die Gegnerschaft des größten Teiles unserer Bevölkerung gegen eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zu einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die NATO umzufunktionieren, ist gründlich fehlgeschlagen. Im Unterschied zu den Propagandisten der CDU können diese Bürger sehr wohl differenzieren.

Nach einem Umfrageergebnis sind 66 Prozent der Befragten nicht der Auffassung, daß diejenigen, die die Aufstellung von weiteren Atomraketen in der Bundesrepublik ablehnen, letzten Endes die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO infrage stellen.

Bezeichnend ist, daß die Union bei ihren eigenen Anhängern mit ihrer Kampagne keinen Glauben findet: 57 Prozent der Unionsanhänger teilen die Meinung nicht, daß die Ablehnung einer Raketenstationierung die NATO infrage stelle.

Selbst 67 Prozent der Stationierungsgegner befürworten die Mitgliedschaft in der NATO.

Es ist bedauerlich, daß die CDU/CSU überhaupt nicht in der Lage ist, die Besorgnisse der Bürger über den Rüstungswahnsinn und die zunehmende militärische Selbstgefährdung nachzuvollziehen.

Ein Streit über die Methoden und Mittel der Sicherheitspolitik ist notwendig. Er wäre überzeugender, wenn die Regierungsparteien und leider sogar die Regierung nicht mit Unterstellungen und Tiefschlägen antworten würden.

Es ist eine unheilvolle Tradition der deutschen Rechten, zuerst im Innern unser Volk zu spalten und außenpolitisch auf dieser unheilvollen Grundlage einen abenteuerlichen Kurs zu steuern.

Helmut Schmidts Kurs war die Herstellung des politischen Grundkonsensus in unserem Volk. Die Union ist durch die bewußte Vermengung von Stationierungs- und Bündnisfrage auf dem schlimmsten Wege, unser Volk zu spalten. Das kann parteitaktisch kurzfristige Erfolge bringen. Staatspolitisch ist es verderblich.

(-/14.9.1983/ks/hgs)

Vertriebspartner  
des Sozialdemokratischen  
Pressedienstes



Chile am Scheideweg  
-----

Keine Unterstützung mehr für das Militärregime Pinochets

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Chile steht heute am Scheideweg: Entweder gelingt es den Militärs, ihr repressives Regime zu festigen und zu verlängern, oder den demokratischen Widerstandskräften gelingt es, mit dem Aufbau eines neuen Chile frei von Not und Furcht zu beginnen.

Die Flamme der Demokratie in Chile, die dort länger leuchtet als in den meisten europäischen Staaten, konnte auch in zehnjähriger brutaler Unterdrückung nicht ausgetreten werden. Der Drang nach positiver Veränderung, nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit hat sich als eine starke Kraft erwiesen, die nun das Regime ins Wanken gebracht hat. Jetzt wird viel davon abhängen, was und wie die unterschiedlichen Kräfte der demokratischen Opposition innerhalb und außerhalb Chiles für die demokratische Erneuerung des Landes beitragen können. Dabei wird es auch darauf ankommen, wie sich das Ausland verhält.

Der hemmungslose Liberalismus in der Wirtschaft bei hemmungsloser Unterdrückung im Inneren hat unter Pinochet zu riesigen Inflationsraten, zu Massenarbeitslosigkeit und zu Massenelend geführt. Und ausländische Regierungen und Konzerne, darunter auch bundesdeutsche, können sagen, daß sie dabeigewesen sind, daß sie diese Entwicklung mitgefördert haben.

Die SPD als Partei mit internationaler Verantwortung und die Sozialistische Internationale haben in der Vergangenheit nicht nachgelassen, ihre chilenischen Freunde innerhalb und außerhalb des Landes nach besten Kräften solidarisch zu unterstützen. Durch den im Bundestag eingebrachten Antrag zu Chile macht die sozialdemokratische Bundestagsfraktion auch deutlich, daß ein demokratisches Chile mit der freundschaftlichen Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland rechnen können soll.

Im Umkehrschluß muß dies aber für das wankende, aber immer noch bestehende Pinochet-Regime bedeuten:

- Die Bundesregierung und die Wirtschaftskräfte in der Bundesrepublik Deutschland haben alles zu unterlassen, was als Billigung oder Unterstützung des Militärregimes verstanden werden kann.

Kredithilfen oder die Übernahme weiterer Hermesbürgschaften darf es für das Chile der Militärs nicht geben.

Aber die demokratischen Kräfte in Chile sollen wissen:

- Beim Kampf um die demokratische Erneuerung Chiles stehen Sozialdemokraten und andere fortschrittliche Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf ihrer Seite.
- Angesichts der sehr hohen Pro-Kopf-Verschuldung Chiles kann ein demokratisches Chile mit großzügigen Umschuldungsverhandlungen rechnen.
- Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, daß die bislang unterbrochene entwicklungspolitische Zusammenarbeit wieder aufgenommen wird. (-/14.9.1983/ks/hgs)

\* \* \*



**Union kämpft weiter gegen Friedensforschung**  
-----

Riesenhubers Taktieren mit der Friedens- und Konfliktforschung ist unerträglich

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Zehn Monate nach Amtsantritt sieht sich Forschungsminister Riesenhuber wachsender Ungeduld der Forschungspolitiker aus CDU/CSU/FDP gegenüber, die Riesenhuber auf die in Oppositionszeiten großmäulig geforderte "Wende in der Forschungspolitik" festlegen wollen.

Herzenseinliegen gerade christdemokratischer Forschungspolitiker war seit vielen Jahren die Auflösung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) und damit ein Ende einer aus öffentlichen Mitteln erfolgenden besonderen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung. Das Gutachten des Wissenschaftsrates vom Mai 1983 hat diesen CDU-Wünschen mit der Feststellung, daß nach wie vor ein besonderer Bedarf an Förderung von Friedens- und Konfliktforschung besteht, eine eindeutige Abfuhr erteilt.

Nach der Sitzung der Bund-Länder-Kommission Forschungsförderung am 12. September verstärkt sich die Gefahr, daß im Dickicht der Bund-Länder-Kommission eine vernünftige Förderung der Friedensforschung auf der Strecke bleibt. Entgegen der Aussage der Ministerin Wilms sind wichtige Fragen in Zusammenhang mit der weiteren Förderung der Friedensforschung nach wie vor ungeklärt, obwohl die DGFK bis Ende dieses Jahres aufgelöst werden soll.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft kann frühestens im Oktober darüber entscheiden, ob und wie sie die weitere Förderung der Friedensforschung betreiben wird. Für die SPD ist das Weiterbestehen einer "Arbeitsstelle Friedensforschung" in Bonn eine unverzichtbare Forderung. Nur sie kann die Kontakte der Friedensforschung zur Praxis, die Vermittlung der Forschungsergebnisse, den Dialog unter den Friedensforschern und die Zusammenarbeit der bundesdeutschen Friedensforschung mit internationalen Organisationen wie zum Beispiel der UNESCO sicherstellen. Hier setzt der Forschungsminister unvorhersehbar funktionsunfähig zu machen. Dazu hat das Land Bayern, das schon das Ende der von Gustav Heinemann ins Leben gerufenen Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung mit allen Mitteln herbeigeführt hatte, bis heute offen gelassen, ob es überhaupt einer weiteren Förderung der Friedensforschung, wie sie der Wissenschaftsrat empfiehlt, zustimmen wird.

Es besteht also kein Anlaß zu glauben, die Union hätte ihren Kampf gegen die Friedensforschung schon verloren gegeben. Forschungsminister Riesenhuber darf nicht vergessen, daß zur Auflösung der DGFK auch die Zustimmung sozialdemokratisch geführter Bundesländer erforderlich ist. Die Sozialdemokraten fordern Minister Riesenhuber auf, das Taktieren zu beenden und schnellstens Klarheit darüber zu schaffen, daß auch 1984 die Förderung der Friedensforschung ohne Abkapselung von Politik und Friedensbewegung fortgesetzt wird.  
(-/14.9.1983/ks/hgs)

+ + +



**SPD fordert aktive Bundesbahnpolitik**

**Dollingers Politik des Unkens und Abwartens schadet der Sache**

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

"Es gibt viel zu tun - warten wir's ab" - diese beliebte Verballhornung eines guten Werbeslogans hat sich der Bundesverkehrsminister offenbar zum Wahlspruch erhoben. Immer mehr verstärkt sich der Eindruck, daß Minister Dollinger nichts tun und zuwarten verbunden mit lauten Klagen über die anstehenden Probleme als Verkehrspolitik nach der Wende versteht. So liegt bis zum heutigen Tage immer noch kein Gesamtverkehrskonzept für diese Legislaturperiode vor, obwohl ein solches Konzept ausdrücklich in den Koalitionsverhandlungen angekündigt wurde. So weit, so schlecht. Als besorgniserregend muß jedoch registriert werden, daß darüber hinaus der wichtigste Teil eines solchen Konzeptes - eine Politik für die Deutsche Bundesbahn - noch immer auf sich warten läßt, obwohl der Bundesminister für Verkehr kein Interview hat verstreichen lassen, ohne ein mit dem Bundesminister der Finanzen und den Bundesländern abgestimmtes Bahnkonzept bis Ende September anzukündigen.

Statt dessen hört man Bruchstückhaftes über seine Vorstellungen, häufig widersprüchlich und mehr am Einzelfall als an der Lösung des Gesamtproblems orientiert.

Was soll man eigentlich in einer Zeit mit 2,5 Millionen Arbeitslosen von einem Bundesminister halten, der bewußt und christlich sozial Aufwandsminderungen bei der Bahn nur durch Personalabbau erreichen will?

In welcher Welt lebt der Bundesverkehrsminister, der, statt sich Verbündete für arbeitsmarkt- und investitionspolitisch sinnvolle Maßnahmen zu suchen, die Vernichtung von Arbeitsplätzen bei der Bahn für ein geeignetes Mittel hält. Die Bundesbahn ist kein Spielzeug des Bundesministers für Verkehr. Sie muß in den gesamtwirtschaftlichen Rahmen unter Achtung der strukturellen und konjunkturellen Probleme unserer Tage eingebunden werden. Das heißt, neben die sinnvolle Verminderung des Aufwandes der Deutschen Bundesbahn muß die Ertragsteigerung durch eine Erhöhung der Attraktivität der Bahn treten. Wer das nicht erkennt und statt dessen wohlfeile Reden über zuviel Mitarbeiter bei der Bahn hält, droht die Zukunft der Deutschen Bundesbahn zu verspielen.

Aber Dollinger ist ein prinzipientreuer Mann: Wenn schon Wende, dann gleich richtig, denkt er sich und versucht landauf, landab wirklichkeitsfremde Privatisierungsvorstellungen durchzusetzen. Das aber hilft der Bahn genausowenig, solange die Aufwendungen zum großen Teil bei ihr hängen bleiben, während die Erträge Privaten zufließen.

Nein, eine Schrumpfbahn à la Dollinger ohne Perspektive, ohne jedes zukunftsweisende Element können wir nicht akzeptieren: Als Steuerzahler nicht, als Bahnkunde nicht, als Politiker nicht und die vielen Tausend Mitarbeiter der Bahn schon gar nicht.

Die SPD hat bereits im Juni dieses Jahres ein Konzept über die Zukunft der Deutschen Bundesbahn vorgelegt - als Diskussionsgrundlage - nicht als Wunderheilmittel. Aber - wen wundert's? - leider fehlt jede Stellungnahme Dollingers hierzu.

(-/14.9.1983/ks/hgs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Aktionsprogramm für die Nordsee  
-----

Die Umweltpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion und die Senatoren für Umweltschutz von Bremen (Herbert Brückner) und Hamburg (Wolfgang Curilla) legten am Mittwoch in Bonn folgenden Maßnahmenkatalog zum Schutz der Nordsee vor.

Der Zustand des Ökosystems Nordsee hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Im Winter 82/83 ist die Öffentlichkeit durch Zehntausende toter Seevögel vor den ost- und nordfriesischen Inseln aufgeschreckt worden. In diesem Sommer traten erneut in Teilbereichen der Nordsee Sauerstofflöcher auf, in denen maritimes Leben langfristig nicht möglich ist.

Die 80er Jahre müssen zum Rettungsjahrzehnt für die Nordsee werden!

Vor mehr als drei Jahren hat der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) sein Sondergutachten und seine Forderungen vorgelegt. Der Bundestagsinnenausschuß hat auf Vorschlag der SPD zwei ganztägige Anhörungen in Bonn und vor Ort durchgeführt. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat Gutachten und Anhörungen ausgewertet. Die zentralen Befunde des Nordsee-Gutachtens waren:

- Die Nordsee ist ein in sich weitgehend geschlossenes Ökosystem. Seine Gewässer stehen in einem viel geringeren Austausch mit dem Atlantik als bisher angenommen.
- Der Nordseeteil vor der deutschen Küste ist der austauschärmste (das Wasser in der deutschen Bucht hat eine Verweildauer von mindestens drei Jahren).
- Die Nordsee ist von zwei Seiten her bedroht, durch Nutzung und Abfallbeseitigung in der Nordsee selbst und durch die vielfältigen Einleitungen über die Flüsse von Land aus.
- Die Nordsee kann durch Wachsamkeit und geeignete Anstrengungen aller an ihrer Vergiftung Beteiligten noch gerettet werden.
- Diese Maßnahmen müssen sofort beginnen.
- Der historisch gewachsenen Vielfalt beteiligter Staaten, Bundesländer, Kommunen und Wirtschaftsgemeinschaften (EG und RGW) entspricht auf gefährliche Weise ein Kompetenz-wirrwarr und -gerangel der verschiedenen Bundesbehörden mit verschiedenartigen Verwaltungsstrukturen und Interessen.

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratisch regierten Länder Hamburg und Bremen sind überzeugt, daß auch ein nationaler Alleingang ein notwendiger Schritt ist, um das gesamteuropäische Rettungswerk für die Nordsee in Gang zu bringen.

Die Forderungen im einzelnen:

1. Seit langem bestehende internationale Übereinkommen wie zum Beispiel die Pariser Konvention und die EG-Gewässerschutzrichtlinie müssen für den Umweltschutz durchführbar gemacht werden. Dies bedeutet, daß endlich Grenzwerte für langlebige giftige Stoffe wie Schwermetalle und chlorierte Kohlenwasserstoffe festgesetzt werden.
2. Kommunale Großklärwerke müssen nach dem Stand der Technik (zum Beispiel durch Entphosphatisierung und Denitrifikation) ausgebaut werden, um die Schadstoffe so weit wie möglich zurückzuhalten und darüber hinaus den Sauerstoffhaushalt der Flüsse und damit indirekt den der Nordsee zu verbessern.
3. Die Nordsee-Anrainerländer müssen jährlich Sanierungsbilanzen vorlegen, aus denen hervorgeht, um welche Mengen die Schadstoffe in ihrem Verantwortungsbereich verringert worden sind.
4. Die DDR und die CSSR müssen als Vollmitglieder in der internationalen Nordsee-Schutzkonferenz teilnehmen.

5. Jegliche Verklappung in der Nordsee ist unter Nennung eines konkreten Termins einzustellen. Es darf keine neue Genehmigung für die Verklappung von Schadstoffen geben und die alte Genehmigung darf nicht verlängert werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf andere Nordseerainerstaaten in diesem Sinne einzuwirken.
6. Die Verbrennung hochgiftiger Substanzen auf der Nordsee ist schnellstmöglich zu beenden, Stattdessen sollte ein zweistufiges Alternativkonzept verwirklicht werden. In einem ersten Schritt sollten die Umweltgifte in modernen landseitigen Verbrennungsanlagen vernichtet werden, und in einem zweiten Schritt ist die Herstellung und Anwendung derartiger Umweltgifte zu verbieten.
7. Die Nordsee ist zu einem Sondergebiet nach den Vorschriften des MARPOL zu erklären, wie dies für die Ostsee bereits geschehen ist, damit jegliches Ablassen von Öl und anderen Schadstoffen ausgeschlossen werden kann.
8. Die Strafen für das unbefugte Ablassen von Öl und anderen Schadstoffen sind drastisch zu verschärfen. Umweldelikte auf der Nordsee dürfen keinen wirtschaftlichen Anreiz mehr haben.
9. In ausreichendem Umfang sind in den Hafenstädten Auffanganlagen für öl- und chemiehaltige Abwässer einzurichten. Die Benutzung ist durch einen Anschluß- und Benutzungszwang sicherzustellen. Die Benutzung durch Seeschiffe soll analog der Regelung für die Binnenschifffahrt erfolgen, wobei in beiden Fällen eine angemessene finanzielle Beteiligung der Verursacher anzustreben ist.
10. Es ist ein Konzept zur Bekämpfung und Verhütung von Chemikalien- und Großtankerunfällen vorzulegen.
11. Zur Kontrolle ist eine flächendeckende Luftüberwachung der Nordsee zu installieren, die möglichst von allen Anrainerstaaten getragen wird. Die Öl- und Giftbekämpfung muß zentral von einer Stelle koordiniert werden.
12. Zur Überwachung der Wassergüte ist ein flächendeckendes und aussagekräftiges Nordseemeßprogramm aufzubauen.
13. Zur Vermeidung von Umweltbeeinträchtigungen durch den Betrieb der Bohrinselfolgende Maßnahmen erforderlich:
  - Kontrolle der Pipelines,
  - Einrichtung von Umweltschutzbeauftragten auf den Bohrinself,
  - Vermeidung der ölhaltigen Abwässer von Bohrplattformen durch die Festlegung von Grenzwerten nach dem Stand der Technik.

Hinweise: Es ist unverständlich, daß der Richtwert für ölhaltiges Abwasser bei Bohrinself um das Vierfache höher liegt als bei auf dem Festland der Bundesrepublik angewandten Verfahren.
14. Das Wattenmeer ist von den Niederlanden bis Dänemark als Nationalpark unter Schutz zu stellen.
15. Weitere Eindeichungen müssen unterbleiben.
16. In den Flußmündungen sind Flachwasserzonen und Vordeichsflächen zu schützen. Schleswig-Holstein und Niedersachsen werden aufgefordert, die bereits erfolgten Vordeichungen (zum Beispiel Haseldorfer Marsch, Drochtersen) in ein neues Polderkonzept zum Schutz von Elbe und Weser einzubeziehen.
17. Eine zusätzliche Ausweisung von Industrieflächen in den Flußmündungsgebieten und an der Küste muß unterbleiben. Die bestehenden Flächen sind gegebenenfalls besser zu nutzen.
18. Für das Wattenmeer und die angrenzenden Flußmündungsgebiete ist ein ökologisches Gutachten zu erarbeiten.

(-/14.9.1983/ks/hgs)

+ + +

